

Hochzeit auf Zeit in der US-Chemie

Nach der Fusion sollen Dow Chemical und DuPont in drei Konzerne aufgespalten werden

Renzo Ruf, Washington

Die Finanzmärkte haben gestern negativ auf die Fusionspläne der beiden Chemie-Firmen Dow Chemical und DuPont reagiert. An der Börse in New York gab der Kurs der Dow-Aktie um bis zu 5,7 Prozent nach, während das DuPont-Papier in einem schwierigen Marktumfeld zwischenzeitlich um fast sieben Prozent einbrach. Im Wochenverlauf legten die beiden Aktien aber immer noch deutlich zu. Die Marktkapitalisierung der beiden Unternehmen beträgt zusammen rund 130 Milliarden Dollar – und damit wird der neue Konzern temporär das grösste Chemieunterneh-

men der Welt sein. Die Verschmelzung von Dow und DuPont war gestern als Fusion unter gleichberechtigten Partnern bezeichnet worden, die mittels eines Aktientausches vollzogen wird. «Das ist das Schöne an diesem Deal», sagte Dow-Chef Andrew Liveris. (Im Verwaltungsrat von DowDuPont sollen beide Firmen jeweils acht Mitglieder stellen.) Zum neuen starken Mann des Konzerns, der basierend auf den Zahlen des Jahres 2014 einen Jahresumsatz von 92,9 Milliarden Dollar haben wird, wurde DuPont-Chef Edward Breen erkoren: Er wird an der Managementspitze des neuen Unternehmens stehen. Allerdings will Liveris, der schon lange

eine Fusion der beiden Firmen ins Auge fasste, auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Er wird Verwaltungsratspräsident («Executive Chairman») und damit für strategische Entscheide zuständig sein.

Schweiz stark betroffen

Dabei handelt es sich aber nur um eine Übergangslösung für die nächsten 18 bis 24 Monate. Denn nach vollzogener Fusion und einem Sparprogramm im Umfang von drei Milliarden Dollar, soll DowDuPont in drei separate, börsennotierte Firmen aufgespalten werden. Dabei handelt es sich um die Geschäftszweige Agrobusiness (ge-

schätzter Jahresumsatz: 19 Milliarden Dollar), Baumaterialien (51 Milliarden Dollar) und Spezialitätenchemie (13 Milliarden Dollar). Die Agrobusiness-Sparte wäre neu, noch vor den Konkurrenten Monsanto und Syngenta, die Nummer eins der Branche.

In einer separaten Mitteilung gab DuPont bekannt, dass die Firma sich im kommenden Jahr einem Sparprogramm unterziehen wolle. Damit sollen Ausgaben von 700 Millionen Dollar eingespart werden. Davon wäre wohl auch die Schweiz betroffen. Beide Konzerne betreiben hier Europa-Hauptsitze und verschiedene Forschungsstandorte mit Hunderten von Mitarbeitern.

Nachrichten

Oettinger verkauft Grosshandel

Basel. Der Zigarrenkonzern Oettinger Davidoff verkauft sein Grosshandelssegment Contadis aufgrund der laufenden Fokussierungsstrategie an Lekkerland Schweiz in Brunegg (AG) und schliesst den Standort Oberentfelden. In der Folge verlieren 45 von 90 Personen ihre Stelle. *rm*

Clariant-Manager Lütgendorf geht

Muttenz. Geschäftsleitungsmitglied Mathias Lütgendorf (60) wird den Spezialchemiekonzern Clariant per Ende 2015 «im besten gegenseitigen Einvernehmen» nach sechs Jahren verlassen. Seine Nachfolge wird laut Clariant «in Kürze» bekannt gegeben. *rm*

Lidl Schweiz arbeitet CO₂-neutral

Weinfelden. Lidl Schweiz verbessert laut eigenen Angaben die Umweltbilanz des Unternehmens und arbeitet betrieblich CO₂-neutral. Bis 2020 plant das Unternehmen weitere Schritte mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoss pro Quadratmeter Ladenfläche um 20 Prozent zu senken. Lidl investiert dafür jährlich zehn Millionen Franken, um die Bestandsflächen technisch nachzurüsten. *pg*

VW verkauft deutlich weniger Autos

Wolfsburg. Die Volkswagen-Kernmarke VW hat in den ersten elf Monaten des Jahres einen deutlichen Rückgang der weltweiten Verkaufszahlen hinnehmen müssen. Von Januar bis November konnte VW 4,5 Prozent weniger absetzen als im Vorjahreszeitraum. Trotz den Abgasmanipulationen konnte VW im November aber zumindest in Europa und Asien die Verkäufe wieder steigern. *SDA*

Freispruch für Genfer Banker im Fall Madoff

Genf. Das Polizeigericht in Genf hat einen Genfer Banker vom Vorwurf der ungetreuen Geschäftsführung mit dem Ziel der Bereicherung freigesprochen. Der Kanton Genf muss dafür nun in die Tasche greifen. Der ehemalige Chef der zur Bank Santander gehörenden Genfer Investmentfirma Optimal Investment Services hatte einen Teil der Kundengelder dem US-Investor Bernie Madoff anvertraut, bevor dessen Schneeballsystem aufflog. *SDA*

Die letzten Fragen am Pariser Klimagipfel

EU geht gestärkt in die Verhandlungsnacht

Von Christian Mihatsch, Paris

Brasilien ist der «Koalition der Ambitionierten» beigetreten. Diese umfasst nun die EU, die USA, die Schweiz und viele Entwicklungsländer und damit die Mehrheit der Länder der Welt. Wenig überraschend war die UNO-Klimakonferenz nicht gestern Abend zu Ende, sondern wurde bis heute verlängert. Der neue Weltklimavertrag ist aber schon weit gediehen. Gestern sahen sich die Minister mit nur noch vier offenen Fragen konfrontiert:

Die Länder haben sich darauf geeinigt, die Klimaerwärmung auf «deutlich unter zwei Grad» zu begrenzen und «Anstrengungen zu unternehmen, um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu limitieren». Dies ist das überraschendste Element des Paris-Abkommens. Im Vorfeld waren die meisten Beobachter nicht davon ausgegangen, dass sich die Inselstaaten mit dieser Forderung durchsetzen. Tony de Brum, der Außenminister der Marshallinseln, zeigte sich denn auch zufrieden: «Damit kann ich nach Hause fahren und meinen Leuten sagen, dass unsere Chance zu überleben noch nicht verloren ist.»

Um den Klimawandel zu stoppen, haben die Länder zudem beschlossen, «Emissionsneutralität in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zu erreichen». Diese Formulierung ist ebenfalls stärker als von vielen erwartet. Positiv ist auch, dass die nationalen Klimapläne im Jahr 2019 überprüft werden sollen. Gesetzlich waren all diese Formulierungen aller-



Es schmilzt schneller. In Paris symbolisieren riesige schmelzende Eisbrocken das wärmer werdende Klima und mahnen zur Eile. *Foto Keystone*

dings noch nicht. Widerstand kam noch von China, Indien und Saudi-Arabien.

Widersprüchliche Versionen

Gestern standen noch zwei widersprüchliche Versionen zur Finanzierung im Text. Ein Paragraf sprach davon, dass sich die Entwicklungsländer «freiwillig» an der Klimafinanzierung beteiligen könnten. Im nächsten Paragraf stand hingegen, dass die Industrieländer bei der Klimafinanzierung «die Führung» übernehmen müssen, allerdings «als Teil einer geteilten Anstrengung».

Die zweite Formulierung ist aus Sicht der bisherigen Geberländer vorteilhafter. Denn angenommen, die Entwicklungsländer beteiligen sich nicht, dann brauchen auch die Industriestaaten nichts zu tun, da es dann ja keine «geteilte Anstrengung» gibt. In einem anderen Teil des Vertrags steht zudem, dass alle fünf Jahre der Finanzbedarf neu ermittelt wird. Hier wird aber nur gesagt, wer Unterstützung braucht, aber nicht, wer Unterstützung leisten muss. Differenzierung: Um die Unterscheidung zwischen Industrie- und Ent-

wicklungsländer geht es auch bei den Transparenzregeln etwa zur CO₂-Buchhaltung. Hier standen gestern noch drei Optionen im Text. Die erste beschrieb unterschiedliche Transparenzregeln für Industrie- und Entwicklungsländer, die zweite ein einheitliches System für beide Ländergruppen und die dritte ein Mittelding.

Verluste und Schäden

Die Diskussion um Schäden ist eines der umstrittensten Themen der Verhandlungen. Der Begriff bezeichnet unabwendbare Schäden in Folge des Klimawandels. Insbesondere die USA befürchten hier in Zukunft zu Schadenersatz verpflichtet zu werden und wollen das Thema daher klein halten. Die Entwicklungsländer wollen hingegen eine neue Institution, die sich um «Verluste und Schäden» kümmert.

Wie diese vier offenen Punkte schliesslich verknüpft und entschieden werden, liess sich gestern noch nicht abschätzen. Klar war aber, dass die EU gestärkt in die wohl letzte Verhandlungsnacht ging. Die von der EU und den Marshallinseln initiierte «Koalition der Ambitionierten» erhielt weiteren Zulauf: Die Schweiz, Kanada, die Philippinen und – überraschenderweise – das Schwellenland Brasilien schlossen sich offiziell der Allianz für einen ehrgeizigen Klimaschutz an. «Der Beitritt könnte die Dynamik in den letzten Stunden der Verhandlungen komplett verändern», sagt dazu Martin Kaiser von Greenpeace.

ANZEIGE

BaZ. Standpunkte

Das Parlament hat einen zweiten SVP-Bundesrat gewählt, Guy Parmelin. Die SVP muss nun vermehrt Verantwortung übernehmen. Lässt sich die SVP einbinden oder macht sie weiter auf Provokation und Demagogie, wie Kritiker sagen? Was bedeutet die neue bürgerliche Mehrheit im Bundesrat für Initiativen, die laut Kritikern Grundwerte wie die Menschenrechte infrage stellen?

Reto Brennwald diskutiert diese Themen in «Basler Zeitung Standpunkte» mit folgenden Gästen: Claudio Zanetti, Nationalrat SVP, ZH, Eric Nussbaumer, Nationalrat SP, BL, Esther Girsberger, Publizistin, und Dominik Feusi, Chef Bundeshausredaktion Basler Zeitung.

Die Bundesratswahl und die Folgen



Claudio Zanetti
Nationalrat
SVP, ZH



Eric Nussbaumer
Nationalrat
SP, BL



Esther Girsberger
Publizistin



Dominik Feusi
Chef Bundeshausredaktion
Basler Zeitung

Die Bundesratswahl und die Folgen

Sonntag, 13. Dezember 2015,
13.10 Uhr auf **SRF1**
18.25 Uhr auf **SRFinfo**

Samstag, 19. Dezember 2015,
13.10 Uhr auf **SRF1**
17.15 Uhr auf **SRFinfo**

Im Internet nach der Erstrausstrahlung unter www.standpunkte.bazonline.ch

PRESSE TV

Basler Zeitung